

Österreichs Neonazis finden Freunde in Israel

Ali Abunimah, electronicintifada.net, 16.10.17



Der Führer von Österreichs Freiheitspartei, Heinz-Christian Strache (li), mit Yehuda Glick, im Juni in Wien. Glick ist ein Führer der extremistischen jüdischen Bewegung, die die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem mit einem jüdischen Tempel ersetzen will.

Der Botschafter Österreichs in Tel Aviv, sieht nichts Falsches daran, wenn arabische Parteien aus Israels Regierung ausgeschlossen werden, während sein Land, gerade dabei ist Neonazis in Wien an die Macht zu bringen. Dies ist ein bemerkenswertes Beispiel für rassistische Werte, die von europäischen und israelischen Eliten geteilt werden. Genau wie in Deutschland, gibt es klare Zeichen für die Verbindung zwischen der äußersten Rechten Österreichs und Israels.

Der Botschafter steht hinter dem Ausschluss

Letzte Woche erklärte der Vorsitzende der Arbeitspartei Avi Gabbay, dass er keine Koalition eingehen würde in der Mitglieder der Vereinigten Liste vertreten sein würden. Die Vereinigte Liste ist eine Gruppierung, die hauptsächlich aus palästinensischen Bürgern Israels besteht. „Wir werden keine

Regierung mit der Vereinigten Liste teilen – Punkt“, sagte Gabbay. „Das muss klar sein“. Der Vorsitzende der Vereinigten Liste, Ayman Odeh, verurteilte Gabbays Rassismus. „Jemand der arabische Bürger und deren gewählte Vertreter nicht als legitime Gruppierung betrachtet, stellt keine wirkliche Alternative zur Rechten dar“, sagte Odeh.

Gleichzeitig deutete Gabbay an, dass er mit der rechtsaußen Partei Yisrael Beiteinu zusammenarbeiten könnte, deren Vorsitzender der bekannte anti-arabische Verteidigungsminister Avigdor Lieberman ist. Gabbays Rassismus ist

„Das Recht zu wählen verliert seine Bedeutung wenn es einer Volksgruppe per Gesetz untersagt ist Gesetze anzufechten, die Ungleichheit fortschreiben“

nicht weiter beachtenswert im israelischen Kontext. Schon seit Langem ist es Konsens unter zionistischen Parteien, dass das Fünftel der Bürger, die Palästinenser sind, keine Rolle in Entscheidungsprozessen haben sollen.

In weiteren aggressiven Kommentaren am Sonntag erklärte Gabbay, „Die Araber müssen Angst vor uns haben“ und dass Israel niemals eine einzige der Siedlungen, die entgegen internationalem Recht auf besetztem palästinensischen Land gebaut wurden, evakuieren werde müssen.

Was aber traurigerweise ebenso keine Überraschung mehr ist, ist die Tatsache, dass europäische Diplomaten öfters so tun als ob sie eine aufgeklärte „Menschenrechtsperspektive“ repräsentieren und diesen Rassismus rationalisieren.

Am Freitag aß der österreichische Botschafter Martin Weiss mit Gabbay in Tel Aviv zu Mittag und schien die Haltung des Vorsitzenden der Arbeitspartei auf Twitter warmherzig zu befürworten. Andere europäische Diplomaten schlossen sich Weiss und Gabbay zum Mittagessen an.

Ich fragte auf Twitter, ob die Europäer Gabbays offenen antiarabischen Rassismus während des Essens zur Sprache brachten. Weiss antwortete und wies fairerweise darauf hin, dass das Essen einen Tag bevor über Gabbays Bemerkungen berichtet wurde, stattgefunden hatte. Weiss fügte hinzu „Aber denken Sie denn, dass Mitglieder der Vereinigten Liste sich wirklich an einer Regierung der Arbeitspartei beteiligen würden“?

Der österreichische Botschafter schien von Gabbays Rassismus abzulenken, indem er darauf hinwies, dass Bürger, die

diskriminiert werden, sowieso nicht mit einbezogen werden wollen. Ich wollte Weiss eine Gelegenheit dazu geben, sich zu distanzieren und forderte ihn auf, Gabbays Rassismus öffentlich zu verurteilen.

„Danke aber nein danke“ antwortete der Botschafter, „es scheint mir, dass jede politische Partei das Recht hat zu erklären mit welcher anderen Partei sie kooperieren würde – oder nicht“. Dies könnte keine klarere Billigung für den langanhaltenden rassistischen Ausschluß palästinensischer Bürger Israels sein, aufgrund ihrer Ethnie.

Apartheid-Politik

Es lohnt sich den UN-Bericht über israelische Apartheid in Erinnerung zu rufen, der im letzten März vom Generalsekretär der UN auf amerikanische Intervention hin unterdrückt wurde. In diesem Bericht steht, dass das israelische System den ca. 1,5 Mio. palästinensischen Bürgern dem Namen nach Rechte zuspricht, die jedoch in der Praxis kaum etwas wert sind. „Das Recht zu wählen verliert seine Bedeutung was

Europas neue Faschisten und Israels Rechte haben auch eine neue Gemeinsamkeit in ihrem Hass gegen Muslime gefunden

gleiche Rechte betrifft, wenn es einer Volksgruppe per Gesetz untersagt ist Gesetze anzufechten, die Ungleichheit fortzuschreiben“, hält der Bericht fest. „Das israelische Gesetz verbietet organisierte palästinensische Opposition gegenüber jüdischer Herrschaft und macht diese so illegal und sogar staatsgefährdend“.

Diese formellen Einschränkungen der Opposition gegen den vom Staat geförderten Rassismus, werden ergänzt durch den informellen Konsens unter Parteiführern – angefangen bei Premierminister Benjamin Netanyahu der davor warnte, dass die Araber „in Scharen“ zur Wahl gegangen seien, bis zu Gabbay der gelobte die Vereinigte Liste nicht in eine Koalition einzubinden. Regierung ist eine ausschließlich jüdische Angelegenheit.

Neonazis begrüßen die israelische Rechte

Die Verteidigung des israelischen Rassismus durch Botschafter Weiss war eventuell ein erster Anlauf für die Arbeit, die er in den kommenden Monaten damit haben wird, die Regierung seines Landes zu verteidigen. Nach der Wahl in Österreich wird eine neue rechtsgerichtete Regierung an die Macht kommen, geführt vom jungen Außenminister Sebastian Kurz. Es wird allgemein davon ausgegangen, dass die konservative

Volkspartei von Kurz, eine Koalition mit der rechtsstehenden anti-muslimischen Freiheitspartei eingeht, die von Neonazi Heinz-Christian Strache geführt wird.

Der Erfolg der FPÖ kommt nur wenige Wochen nachdem die Neonazi-Partei Alternative für Deutschland (AFD) ca. 100 Sitze im Bundestag gewonnen hat. Und genau wie die AFD, hat die FPÖ kürzlich ihre geistige Verwandtschaft mit Israel entdeckt.

Auf Einladung von Abgeordneten aus Netanyahus Regierungspartei *Likud*, besuchte Strache Israel im letzten Jahr. Genau wie andere Antisemiten und Rechtsextremisten, erkannte Strache, dass Israel ihm eine Möglichkeit zur Weißwaschung bot. Wie Medienberichte es in Österreich ausdrückten, war der Besuch Straches – inklusive eines Besuchs in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem – eine Möglichkeit sich „koscher in Israel“ zu machen, in der Hoffnung, sich dadurch anderswo Ansehen zu verschaffen. Europas neue Faschisten und Israels Rechte haben auch eine neue Gemeinsamkeit in ihrem Hass gegen Muslime gefunden.

Im Juni hieß Strache den Abgeordneten Yehuda Glick in Wien willkommen. Glick ist ein Führer der sogenannten Tempelbewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem zu zerstören und mit einem jüdischen Tempel zu ersetzen. Ein Foto auf Straches Facebook-Seite zeigt die beiden während eines freundlichen Treffens.

Europäische jüdische Organisationen verurteilten Israels Anknüpfung mit der Rechten Europas, inklusive der FPÖ. Letzten November veröffentlichte der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Wiens einen Brief und rief israelische Politiker dazu auf, solche Treffen zu meiden und „eine ganz klare rote Linie zwischen uns und denjenigen die Hass, Neonazismus und Antisemitismus repräsentieren“ zu ziehen.

Während Deutschlands jüdische Gemeinde Entsetzen über den Wahlerfolg der AFD zum Ausdruck brachte, verteidigte Yehuda Glick die Partei. Es ist kein Geheimnis warum: Die Führer der AFD haben sich für Israels Siedlungen im besetzten Westjordanland stark gemacht. Österreichs Strache folgt einer ähnlichen Linie, er unterstützt die Siedlungen und ist ein Verfechter von Israels Forderung auf ganz Jerusalem, die vom Rest der Welt abgelehnt wird.

Strache überreichte Glick einen Brief für Netanyahu in dem er versprach, sich dafür einzusetzen, dass die Botschaft Israels von Tel Aviv nach Jerusalem verlagert werde. Mit seiner Partei in der Regierung, wird sich für Strache eine Chance dafür bieten. Einmal mehr zeigt Israel, dass seine engsten Freunde in Europa die schlimmsten Feinde der Juden sind.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako

Quelle: electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/austrias-neo-nazis-find-friends-israel



Palästinakomitee Stuttgart

palaestinakomitee-stuttgart.de – de-de.facebook.com/PaKo.Stuttgart